38. Jahrgang. Donnerstag, 2. Mai. Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung

NEC TEMERE NEC TIMIDE

und

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Auflage über 10 000.) (Auflage über 10 000.)

Nr. 21325. 1895.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Ketterhagergasse 4, bei sämmtlichen Abholestellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inseriren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Für die Beurtheilung der Umsturzvorlage.

Auch in gut **conservativen Kreisen** giebt es kaum etwas Charakteristischeres als eine Auslassung der „Cons. Corr.“, die im Auftrage der Parteileitung die Gesinnungsgenossen im Lande ermahnt, an den Kundgebungen gegen die Umsturzvorlage nicht Theil zu nehmen, weil — es sich nur um einen Kampf gegen Windmühlen handele, d. h. weil die Vorlage ohnehin todt sei. Mit anderen Worten: die Deutschconservativen fangen an, zu fürchten, daß conservative Leute sich lediglich aus Abneigung gegen die Umsturzvorlage in das Lager einer anderen Partei verlaufen könnten. Ob wirklich der Kampf gegen die Umsturzvorlage so überflüssig ist, wie die „Cons. Corr.“ behauptet, ist eine andere Frage. Das Zeitungspapier ist geduldig und deshalb wird man gut thun, abzuwarten, was im Reichstage selbst geschieht. Die Conservativen haben ja das Schicksal der Vorlage in der Hand, und es wäre nicht das erste Mal, daß sie im Reichstage genau das unternähmen, was ihre Presse als unmöglich bezeichnet hat. Daß in der zweiten Berathung sämmtliche Bestimmungen des Entwurfs abgelehnt würden, ist völlig ausgeschlossen; es wird also auch noch eine dritte Lesung stattfinden, und was in dieser geschieht, ist nicht zu berechnen. Mit der Versicherung, daß die Vorlage, wie sie aus der Commission an das Plenum gelangt ist, unannehmbar sei, ist gar nichts gethan. Sollten in der zweiten Berathung die Centrumskukukseier beseitigt werden, so wäre ja für die dritte Lesung immer noch Zeit, ein neues Compromiß zu Stande zu bringen, falls das Centrum den Aerger über die Enttäuschung, welche die conservative Partei ihm bereitet, hinunterschluckt. Nach den am Sonntag in der Landesversammlung der hannoverschen Nationalliberalen gehaltenen Reden ist freilich von dieser Seite nicht viel zu erwarten. Ueber die Frage: Gemeines Recht oder Ausnahmegesetz zu streiten, ist überflüssig; es ist ganz gleichgiltig, ob die jetzige Vorlage abgelehnt wird, weil man ein Ausnahmegesetz für besser hält oder weil man eine andere bessere Vorlage in Zukunft einmal erwartet. Das sind alles nur Vorwände zur Deckung derjenigen, die im vorigen Sommer unablässig nach einem Umsturzgesetz gerufen haben. Daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich ernstlich Mühe giebt, die Herren Struckmann, v. Lauenstein u. s. w. zu bekehren, beweist nur, daß sie von der wirklichen Sachlage keine Ahnung hat oder haben darf.

Es fehlt eigentlich jetzt nur noch, daß die Regierung einen Versuch macht, die auf nächsten Sonntag berufene **Versammlung von Mitgliedern der städtischen Behörden im Kaiserhof** zu Berlin zu verhindern, obgleich es dazu an jeder gesetzlichen Handhabe fehlt. Das völlig wirkungslose Vorgehen des Oberpräsidenten von Achenbach gegen die Berliner städtischen Behörden hat der Umsturzvorlage und zugleich dem Ansehen der Regierung mehr geschadet, als alle „gesetzwidrigen“ Beschlüsse das hätten thun können. Im übrigen weiß man ganz gut, daß Herr v. Achenbach sich zu diesem Einschreiten sehr wider Willen hat treiben lassen und daß er sich dazu erst entschlossen hat, nachdem alle Vorstellungen vergebens gewesen sind. Darüber, daß an eine Auflösung der widerspenstigen Stadtverordneten-Versammlung nicht gedacht werden kann, ist alle Welt einverstanden; die Parole der Wiederwahl wäre von unfehlbarer Wirkung gewesen. Andere Mittel stehen der Regierung aber nicht zu Gebote; was selbst die „Kreuzztg.“ einräumt, die — in üblicher Weise für künftige ähnliche Fälle mit — Polizei droht. Der praktische Erfolg des neuesten Zwischenfalles wird möglicher Weise der sein, daß die Stadtverordneten-Versammlung demnächst die Magistratsvorlage wegen Bewilligung von 350 000 Mk. für neue Kirchenbauten mit der Begründung ablehnt, daß es sich hierbei nicht um Gemeindeangelegenheiten handele, da die beiden Kirchen außerhalb des Berliner Weichbildes gebaut werden sollen.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

** **Berlin, 1. Mai.**

Die heutige Sitzung des Reichstages wurde durch die erste Berathung des von den Socialdemokraten gestellten Antrages betreffend eine reichsgesetzliche **Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes**, ausgefüllt. Den Löwenantheil an der Debatte nahmen die Socialdemokraten in Anspruch, deren beide Redner drei Stunden sprachen. Von allen Seiten war man mit dem Grundgedanken des Entwurfes einverstanden, nur hielt man den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, ein neues Reichs-Vereinsgesetz in's Leben zu rufen. Die Vertreter von Sachsen und Baiern griffen in die Debatte ein, um die Vorwürfe, daß in den von ihnen vertretenen Ländern über eine parteiische Handhabung des Vereinsgesetzes geklagt werde, zurückzuweisen. Der Vertreter Sachsens nannte dabei das Vereinsgesetz für Sachsen ein Juwel, was mit gebührender Heiterkeit aufgenommen wurde. Um $5\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Morgen steht die dritte Lesung der Zolltarifnovelle und die erste Berathung der Communalweinsteuervorlage auf der Tagesordnung.

Abg. **Grillenberger** (Soc.): Ich betrachte es als ein günstiges Omen, daß unser Antrag gerade am 1. Mai, dem Arbeiter-Weltfeiertag, zur Verhandlung kommt. Nachdem Redner die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung zur Ordnung dieser Materie nachzuweisen versucht hat, geht er auf die früheren Bestrebungen für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht ein, das schon in den Grundrechten von 1848 enthalten war, und übt eine scharfe Kritik an der Art und Weise, wie in Preußen, Sachsen und Baiern das dortige Vereins- und Versammlungsrecht gehandhabt werde. Dasselbe ist für die Socialdemokraten illusorisch. Die Auflösung der Gewerkschafts-Organisation, das Verbot der Bildung von socialdemokratischen Vereinen ist auf Grund des sächsischen Vereinsrechtes erfolgt: die fortwährenden Auflösungen von Versammlungen vernichten das Coalitionsrecht der Arbeiter vollständig. In Baiern ist es nicht besser. Ich bin ferner für Gleichstellung der Frauen mit den Männern bezüglich des Coalitionsrechtes. Redner geht dann auf die Zustände in seiner Heimath Nürnberg ein und wirft der dortigen Polizei gesetzwidriges Vorgehen vor.

Vicepräsident **Schmidt**: Den Ausdruck gesetzwidriges Vorgehen muß ich als unparlamentarisch rügen.

Abg. **Grillenberger** fortfahrend: Ich rufe die Unterstützung des Centrums und der Liberalen an, deren Vorfahren bereits im Jahre 1848 das Gleiche gewollt haben. Gerade dort, wo die Gesetzgebung willkürlich wie in Sachsen gehandhabt wird, hat die Socialdemokratie die größte Macht erlangt. Der gegenwärtige Zustand ist eines civilisirten Staates durchaus unwürdig.

Bundes-Bevollmächtigter Graf **Hohenthal** (Sachsen): Das sächsische Vereinsgesetz ist ein Landesgesetz, gehört also gar nicht vor dieses Forum. Ich will nur die Angriffe zurückweisen, welche der Vorredner gegen den sächsischen Minister des Innern erhoben hat, als ob derselbe eine parteiische Handhabung des sächsischen Vereinsgesetzes gegenüber den Socialdemokraten angeordnet habe. Die Polizei hat alle Parteien gleichmäßig zu behandeln, aber gegenüber socialdemokratischen Versammlungen, in denen der Umsturz gepredigt wird, muß entsprechend anders vorgegangen werden. (Heiterkeit.) Das sächsische Vereinsgesetz ist ein Juwel. (Stürmische Heiterkeit.) Was den vorliegenden Entwurf betrifft, so ist derselbe eine gesetzliche Inaugurirung der Anarchie. Wenn Sie erst Ihren Zukunftsstaat haben, werden Sie in demselben mit solchen Gesetzen auch nicht auskommen.

Bundesbevollmächtigter **v. Herrmann** (Baiern) äußert sich in ähnlichem Sinne und nimmt die bairischen Behörden in Schutz.

Abg. **Dr. Bachem** (Centr.): Ich begreife die von den Socialdemokraten vorgebrachten Beschwerden durchaus. Wir haben selbst unter den bestehenden Vereinsgesetzen genug gelitten. Die rechtliche Verschiedenheit im Osten und Westen, im Süden und Norden ist ein großer Uebelstand. So gut wie wir ein einheitliches Preßgesetz haben, müssen wir auch ein einheitliches Vereinsgesetz bekommen. Der vorliegende Entwurf leidet an dem Fehler, daß er nicht zwischen wirthschaftlichen und politischen Vereinen unterscheidet. Ebensowenig bin ich mit der Gleichstellung der Frauen mit den Männern einverstanden. Auch [illegible] socialdemokratischen Versammlungen und Vereine vor Störungen gesichert sind, sondern auch, daß die anderen Parteien vor Störungen von socialdemokratischer Seite geschützt werden. Ich halte den beantragten Gesetzentwurf in dieser Form für keine geeignete Grundlage. Meine Freunde sind aber bereit, den Weg der Resolution zu ergreifen, oder von der Regierung ein einheitliches Gesetz für das Reich zu erbitten. Ein solcher Gesetzentwurf findet jetzt sicher nicht die Zustimmung des Bundesraths in einer Zeit, wo der Umsturz von oben straffrei gepredigt wird und wo man gezwungen ist, das allgemeine Wahlrecht nachdrücklich zu vertheidigen. Ein Gesetz aber, das die Regierung selbst uns erläutert und vorlegt, würde uns nicht gefallen. Wir brauchen ein freiheitliches, besonderes, vernünftiges Vereinsgesetz. In Sachsen sind die Verhältnisse sehr schlimm. Es wäre aber nicht so weit gekommen, wenn man der Socialdemokratie gegeben hätte, was ihr gebührt. Wollten wir jetzt an einem neuen Vereinsgesetz arbeiten, so wäre das aus den von mir angegebenen Gründen ein fruchtloses Arbeiten.

Abg. **Beckh** (freis. Volksp.): Mit dem Grundgedanken, daß eine gesetzliche Regelung des Coalitionsrechtes stattfinden muß, sind wir einverstanden, wir möchten aber nicht für Frauen und Minderjährige dasselbe Recht einführen. Redner nimmt sodann die Polizei in Nürnberg gegen die Angriffe Grillenbergers in Schutz; die Polizei habe durchaus nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gehandelt.

Abg. **Marquardsen** (nat.-lib.): Meine Freunde sind bereit, an einem einheitlichen Recht für Deutschland mitzuarbeiten, behalten sich aber vor, einen geeigneten Zeitpunkt abzuwarten.

Abg. **Grillenberger** (Soc.) polemisirt gegen Beckh, den er einen freisinnigen Regierungscommissar nennt.

Abg. **Hilpert** (bair. Bauernbund) erklärt sich mit der Tendenz der Vorlage einverstanden unter dem Vorbehalt, daß er die Gleichstellung der Frauen und Männer hinsichtlich des Vereinsgesetzes nicht will.

Abg. **Bueb** (Soc.) bespricht die ungerechte Handhabung des Vereinsgesetzes gegen die Socialdemokratie in Elsaß-Lothringen.

Abg. Frhr. **v. Hodenberg** (Welfe) beklagt es, daß in Hannover seine Partei noch schlechter behandelt werde, als die Socialdemokraten. Redner verlangt gleiches Recht für Alle.

Schluß der Sitzung: $5\frac{1}{2}$ Uhr

*

Berlin, 1. Mai. In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung der **Commission** für den Antrag betreffend die **Kündigung des argentinischen Handelsvertrages** betonte Geheimrath **Huber**, nach Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages sei ein Tarifvertrag doch nicht erreichbar, da einen solchen die amerikanischen Staaten nicht abschließen. Eine Differenzirung sei undurchführbar.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

□ Berlin, 1. Mai.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst den [illegible] **schen Flachsbaues** nach einer längeren Debatte an. Dann wurde über den Antrag Bachem betreffend die **Anlegung confessioneller Begräbnißstätten** zur Tagesordnung übergegangen, da der Cultusminister in der Commission bereits einen bezüglichen Gesetzentwurf in Aussicht gestellt hat. Der Antrag Nadbyl betreffend die **Beaufsichtigung der Versicherungsgesellschaften** durch versicherungs-technisch vorgebildete Beamte wurde nach längerer Debatte und einer allseitig befriedigenden Erklärung des Landwirthschaftsministers Frhrn. v. Hammerstein angenommen. Schluß der Sitzung $4\frac{1}{2}$ Uhr. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt; auf der Tagesordnung steht der Antrag v. Mendel-Steinfels auf Gewährung von 20 Millionen zu landwirthschaftlichen Creditzwecken.

Staatsminister Frhr. **v. Hammerstein**: Zu dem Antrag Lückhoff erkläre ich, daß die Regierung auf die Förderung des heimischen Flachsbaues schon viele Mittel verwendet hat. Allein für das Bauer'sche Röstverfahren hat die Regierung 23 000 Mk. ausgegeben. Seitens der Staats-

---

Das verlorene Paradies.

29) Roman von Anton Freiherr v. Perfall.

„Sie werden erstaunt sein, mich hier zu sehen“, begann Arabella, „aber da es sich um Dinge handelt, welche mir wichtiger erscheinen als die Umstände, die mich fern halten sollten, muß ich Ihnen wohl lästig fallen.“

Graf Seefeld bot ihr, eine verworrene Phrase murmelnd, Platz an; doch Arabella hatte sich bereits über die aufgeschlagene Zeichnung gebeugt, welche das Profil des ganzen Kohlenflötzes von Schwarzacker und Sittenfeld darstellte.

„Sehen Sie nur, Herr Graf“, sagte sie, mit dem Griff des Reitstockes die Stelle bezeichnend, an welcher Franz den beabsichtigten Durchschlag mit rother Schraffirung markirt. „Wir liegen ja da wie zwei feindliche Maulwürfe voreinander, die sich den Weg versperren. Wenn wir zusammen hier fördern können, ersparen wir uns ja die Hälfte der Arbeit. Wir können uns frei bewegen, während wir jetzt förmliche Schleichwege einschlagen müssen, um zu unserer Kohle zu gelangen. Warum sollen wir uns nicht, wenigstens vierhundert Meter tief unter der Erde, die Hand reichen, wenn uns schon am Tageslicht Verhältnisse daran verhindern, die hier unten längst nicht mehr wirken.“

„Das ist sehr klug gesprochen, sehr klug“, entgegnete betroffen der Graf. „Sie scheinen ja vortrefflich orientirt zu sein, für eine Frau sehr ehrenwerth! Die Sache läge ja hauptsächlich in meinem Interesse —, aber eine so kluge Frau wird auch begreifen, wie peinlich es ist, darüber zu reden, aber eben weil Sie so klug, so einsichtsvoll . . .“

„Es ist Ihnen wohl weniger peinlich, wenn ich Ihre Gedanken selbst ausspreche“, sagte Arabella. „Diese kluge Frau wird gewisse Bedingungen setzen. Sie wird verlangen, daß die Hand, welche ihr vierhundert Meter unter der Erde gereicht wird, sich auch am Tageslicht ihr nicht mehr entziehe. Sie wird einen Handel machen wollen, Vortheil gegen Vortheil! Sie wird sich auf diese Weise in das gräfliche Haus einschmuggeln wollen. Um Sie darüber zu beruhigen, bin ich eben selbst gekommen, ohne Wissen meines Mannes. Ja, ich will einen Handel machen, ich verhehle es nicht, aber einen ganz anderen als Sie vermuthen. Das Object des Handels sind auch zwei Hände, aber nicht unsere zwei Hände, Herr Graf. Darüber beruhigen Sie sich, Herr Graf. Ich schwöre Ihnen, zwischen uns soll oberirdisch sich nichts verändern, so lange es nicht Ihr eigner Wille ist!“

„Ich bin ein schlechter Räthsellöser, Baronin“, entgegnete der Graf.

„Nun, so will ich deutlicher sein. Diese Hand — sie wies auf die Rechte Graf Seefelds — und eine andere, welche schon längst sich sehnt, sich in die Ihre zu legen — rathen Sie noch nicht? — Ihres Kindes Kitty!“

Des Grafen Antlitz verfinsterte sich, er machte eine abweisende Geberde.

„An dem Tage, an welchem diese beiden Hände sich ineinander legen, steht dem Durchschlag auf Strecke zwölf von Schwarzacker nach Sittenfeld nichts mehr entgegen. Ist die Bedingung zu hart? Vermuthen Sie noch eine Falle dahinter? Eine List?“

„Onkel, schlag ein!“ rief begeistert Franz. „Nie wurde ein besserer, glückverheißenderer Vergleich geschlossen.“

Der Graf war sichtlich bewegt, doch verdroß ihn die Ueberrumpelung gerade von dieser Seite. „An mir ist es nicht, die Hand zu bieten.“

„Das sollen Sie auch nicht,“ entgegnete Arabella.

„Sie waren bei ihr, haben mit ihr darüber gesprochen? Ach, ich vergaß, sie sind ja alte Bekannte, — Vertraute sogar. — Nun, da werden Sie wahrscheinlich auch wissen, daß Frau Makowsky sich durchaus nicht heraussehnt aus ihrem neuen Feenreich, nach dem langweiligen Vals.“

„Ist nicht so schlimm mit dem Feenreich, als Sie sich denken, Herr Graf. Ich glaube, es hat schon bedenkliche Risse bekommen.“

„Sie ist nicht glücklich, wollen Sie sagen? Jetzt schon?“ Der Graf stellte die Frage heftig, seine ganze Zurückhaltung vergessend.

„O, das will ich nicht sagen, wenn sie sich auch erst an die bekannten Launen eines großen Künstlers gewöhnen muß. Jedenfalls kann von einem reinen Glück nicht die Rede sein, so lange sie mit ihrem Vater nicht ausgesöhnt ist.“

„Wissen Sie das aus ihrem eigenen Munde?“

„Ja!“

„Nun, dann geben Sie ihr den guten Rath, sie soll thun, was ihr einzig geziemt, hierher eilen, sich mir zu Füßen werfen, um meine Verzeihung flehen. — Sie werden ihr ja schon oft guten Rath ertheilt haben?“

„Das habe ich auch, und hätte sie ihn befolgt, wäre ihrem Vater ein großer Kummer erspart geblieben.“

„Wirklich? Das hätten Sie? — Ja, ich glaube jetzt fest, daß Sie das gethan haben. — Nun, so gebe ich Ihnen die Ermächtigung, ihr auch diesen zu geben. Das ist alles, was ich thun kann.“ Der Graf ging erregt im Saale auf und ab.

„Aber ich kann nicht thun, was Sie verlangen.“

„Warum nicht?“

„Weil die ehemalige Kunstreiterin nicht die geeignete Vermittlerin ist zwischen Kitty und ihrem Vater. Solch' kranke Seelen sind äußerst feinfühlig, Herr Graf.“

Der Graf betrachtete verwundert Arabella. „Nicht feinfühliger als Sie, Nichte — eine kerngesunde, brave Seele! — Hier, meine Hand, Arabella. Wir wollen einen Vergleich schließen. Die Scheidewand soll fallen zwischen Schwarzacker und Sittenfeld, nicht nur unter, sondern auch über der Erde. Zeuge sei der hier.“ Er wies auf Franz. „Das Siegel ein Kuß von deinen schönen Lippen, Nichte . . .“

„In handfester, reinster Prägung!“ ergänzte freudig Arabella, den Grafen herzhaft küssend.

„Und jetzt, Kinder“, sagte er mit zitternder Stimme, „schafft mir Kitty her.“

„Herr Schwager, das ist Ihre Aufgabe. Ich wüßte keinen besseren Sachwalter!“ sagte Arabella zu Franz gewandt, dessen helle Freude über die glückliche Wendung durch diese Aeußerung sehr beeinträchtigt schien.

„Ja, du, Franz, mußt sie mir bringen. Wenn sie dich sieht, muß die Erinnerung in ihr erwachen an ihre glückliche Jugend, an die Heimath, an ihren alten Vater, der zwar viel an ihr gefehlt, aber sie auch über alles geliebt hat. — Franz, ich weiß alles! Schlage mir's nicht ab — eben deshalb darfst du es nicht.“

„Denke an den Durchschlag, Schwager! Er findet an dem Tage statt, an dem du Kitty bringst!“ sagte Arabella.

„Und ein Freudenfest wollen wir feiern, wie Schwarzacker noch keines erlebt, an diesem Tage! Ich habe es bei Gott satt, das traurige Leben!“ jubelte jetzt Graf Seefeld.

Franz sagte schweren Herzens zu. „Und er soll natürlich mitkommen?“

„Das wird wohl sein müssen! Hm! An ihn habe ich dabei eigentlich gar nicht gedacht, an den . . .“ Die Zornader schwoll auf der gerötheten Stirn des Grafen. „Aber höre, Franz, betteln thue ich um Beide nicht, hörst du? Daß du mir keine Dummheiten machst! Reuig, ihr schweres Unrecht einsehend, müssen sie kommen, sonst lieber nicht! Besonders er — er! Das Volk bildet sich am Ende noch ein, man müsse sich eine Ehre daraus machen! Na, du kennst mich ja, Franz! Jetzt geht, Kinder, so etwas muß man mit einem Schwertstreich durchhauen. Nichte“ — er reichte Arabella die Hand — „mir ist's, als könnten wir noch recht gute Freunde werden. Grüß mir den Georg! Er soll sich bald sehen lassen auf Vals.“

Er eilte rasch, als ob er einen Rückfall fürchtete, aus dem Zeichensaale.

(Forts. folgt.)

verwaltung und seitens der Militärverwaltung wird der einheimischen Leinwand der Vorzug gegeben, allerdings kann der Kriegsminister dem Wunsche des Verbandes der deutschen Leinwandfabrikanten auf Einführung leinener Hemden beim Militair statt der wollenen aus sanitären Gründen nicht entsprechen. Durch den Kriegsminister hat die Hausindustrie einen großen Aufschwung genommen. Ich halte es für einen guten Rath, daß die Landwirthschaft sich wieder dem lohnenden Flachsbau zuwenden soll und ich hoffe, daß die Landwirthschaftsvertreter in ihren Organisationen auf den Flachsbau hinweisen werden. Die Regierung wird die Bestrebungen in dieser Richtung unterstützen und auch eine Lombardirung des Flachses unterstützen. Nachdem dann noch die Abgeordneten **Buddenbrock** (cons.), **Möller** (nat.-lib.), **Graw**-Allenstein (Centr.) u. a. gesprochen haben und über den Antrag Bachem ohne Debatte zur motivirten Tagesordnung übergegangen ist, kommt der Antrag Nadbyl zur Verhandlung.

Abg. **Nadbyl** (Centr.) begründet seinen Antrag unter Hinweis auf die in den verschiedenen Zweigen des Versicherungswesens herrschenden Uebelstände. Er übt eine scharfe Kritik an den Bilanzen der Berliner Rentenversicherungsbank und einer Hagelversicherungsgesellschaft, deren Agenten den Landwirthen erzählt hätten, der Reservefonds der Gesellschaft betrage 24 Millionen, so daß dessen Zinsen allein schon zur Deckung der Hagelschäden reichten. Nachher mußten die Landwirthe für die Schulden der Gesellschaft einen bedeutenden Zuschuß zahlen. Wie ist es möglich, daß die Regierung eine solche Verschleierung der Verhältnisse seitens einer Versicherungsgesellschaft zuläßt?

Landwirthschaftsminister **Frhr. v. Hammerstein:** Es sind schon Verhandlungen eingeleitet worden über die Frage, ob nicht den Verwaltungsstellen, welche das Versicherungswesen zu beaufsichtigen haben, sowie den Bezirksregierungen technische, im Versicherungsfach erfahrene Beiräthe gegeben werden sollen und ob nicht eine Aufsichtsdeputation, ähnlich wie beim Veterinärwesen zu bilden sei. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wir sind aber bereit, dem Antrage entgegenzukommen.

Geheimrath **Hermes** weist nach, daß bei der vom Abg. Nadbyl erwähnten Hagel-Versicherungsgesellschaft die Staatsaufsicht es an nichts habe fehlen lassen.

Im weiteren Laufe der Debatte erklärt auf Anregung des Abg. **Hartels** (cons.)

Geheimrath **Knebel:** Die Arbeiten zu einem Reichsversicherungsgesetz sind in vollem Gange. Falls ein Reichsgesetz nicht zu Stande kommt, wird die preußische Regierung mit einem Landesgesetz vorgehen.

Schluß der Sitzung: $4^1/_2$ Uhr.

Deutschland.

* **Berlin**, 1. Mai. Das von dem **Kaiser** an den Staatssecretär des Reichspostamts **Dr. von Stephan** anläßlich dessen Jubiläums gerichtete **Handschreiben** lautet wie folgt;

„Den heutigen Tag, an welchem Sie vor nunmehr 25 Jahren von meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zum General-Postdirector des norddeutschen Bundes ernannt worden sind, kann ich nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen meine Glück- und Segenswünsche auszusprechen. Mit großer Befriedigung können Sie auf Ihre reich gesegnete Thätigkeit als oberster Leiter des deutschen Postwesens zurückblicken. Ist es in dieser Zeit doch Ihrer Thatkraft, Umsicht und zielbewußten Arbeit gelungen, die Ihnen unterstellte Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens zu ungeahnter Entfaltung zu bringen. Stets erfolgreich bemüht, alle Verbesserungen im Land- und Seeverkehr und alle Fortschritte auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik sogleich auch in den Dienst der Post und Telegraphie zu stellen, haben Sie es verstanden, nach jeder Richtung hin mustergiltige Einrichtungen zu schaffen und Hand in Hand damit eine durch Fleiß und Pflichttreue ausgezeichnete Beamtenschaft heranzubilden. Ihre Verdienste um die Hebung und einheitliche Gestaltung des alle civilisirten Völker des Erdballs umfassenden Weltpostverkehrs sind in die Tafeln der Zeitgeschichte eingegraben. Ihr Name hat nicht wenig dazu beigetragen, das Ansehen und den Ruhm deutschen Wissens und deutscher Arbeit weit über die Grenzen unseres Erdtheils hinaus zu verbreiten. Ihnen dies an dem heutigen Tage auszusprechen, ist mir Bedürfniß, und ich thue es unter dankbarer Anerkennung Ihrer treuen und aufopferungsvollen Dienste, sowie in der Hoffnung, daß Ihre bewährte Kraft mir und dem deutschen Vaterlande durch Gottes Fügung noch lange erhalten bleiben möge."

* **[Der Exjesuit Graf Hoensbroech]** ist bei der königl. Regierung in Frankfurt a. O. als Regierungs-Referendar beschäftigt.

* **[Russische Grenzverletzungen.]** Mit Recht weist die „Kreuzztg." in Anlaß unseres jetzigen Zusammenwirkens mit Rußland darauf hin, daß es wünschenswerth wäre, feindselige Maßnahmen zu beseitigen. In der letzten Zeit hat sich die Zahl roher Grenzverletzungen von russischer Seite so gehäuft, daß wir auf eine energische und schleunige Remedur drängen müssen. Wir zählen die einzelnen uns bekannt gewordenen Fälle her: 1) am 15. April Mißhandlung und Entführung des Grundbesitzers Grünewald in Chrostowo bei Luisenfelde, der mißhandelte junge Mann ist seinen Wunden erlegen. 2) Mißhandlung des Besitzers Friedrich Heß aus Gallkehnen und widerrechtliche Entführung desselben von preußischem auf russischen Boden. Er ist nachträglich freigegeben worden. 3) Entführung eines Studenten der Medizin Eduard B. aus Berlin und des 13jährigen Schülers v. Salewski aus Kruschwitz. In diesem letzteren Falle sind die jungen Leute von russischen Grenzsoldaten über die Grenze gelockt und dann festgenommen worden. Diese Fälle, deren Zahl sich, sobald wir weiter zurückgreifen, noch sehr vermehren läßt, verlangen Aufklärung und Abhilfe. Wir hoffen bald zu hören, daß die Schuldigen bestraft sind und die Geschädigten, soweit das noch möglich ist, ihre Genugthuung erhalten haben. Unter allen Umständen läßt sich auf eine officielle Klarlegung nicht verzichten."

Wir sind überzeugt, daß die russischen oberen Behörden die Grenzverletzungen ebenso verurtheilen wie wir und wir hoffen, daß strenge Maßregeln ergriffen werden, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern.

* **[Staatsmittel für Arbeiterwohnungen.]** Der dem Abgeordnetenhause zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Staatsregierung wird der Betrag von fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um damit eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen herbeizuführen.

§ 2. Aus den bereit gestellten Mitteln (§ 1) dürfen für Rechnung des Staates Wohnhäuser, die im Eigenthum des Staates verbleiben, errichtet werden. Die in diesen Häusern enthaltenen Wohnungen sind alsdann an Arbeiter, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, oder an gering besoldete Beamte zu vermiethen.

§ 3. Der Miethszins ist so zu bestimmen, daß er nach Deckung der Kosten für die Verwaltung und die bauliche Unterhaltung der Gebäude eine angemessene Verzinsung des gesammten Anlagekapitals und die Amortisation der Baukosten gewährt.

§ 4. Die bereit gestellten Mittel (§ 1) dürfen ferner zur Bewilligung von Bauprämien und Baudarlehnen verwendet werden.

§ 5. Zur Bereitstellung der im § 1 gedachten fünf Millionen Mark ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Coursen die Schuldverschreibungen veräußert werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im übrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 zur Anwendung.

§ 6. Dem Landtage ist bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft über die Ausführung dieses Gesetzes Rechenschaft zu geben.

* **[Reichstags-Stichwahl.]** Bei der Reichstags-Stichwahl im Wahlkreise **Lennep-Mettmann** hat (wie bereits telegraphisch gemeldet) der Candidat der freisinnigen Volkspartei Fischbeck gesiegt; er erhielt 15 763, sein Gegner, der Socialdemokrat Meist, 15 138 Stimmen.

* **[Webeschulen.]** Der Handelsminister hat den Directoren und Curatorien der Webeschulen den Entwurf eines Normallehrplans zur Aeußerung zugehen lassen. Danach sollen die preußischen Fachschulen für Weberei fortan in „höhere Webeschulen" und in „Webschulen" zerfallen. Die letzteren sind nur zur Ausbildung von Werkmeistern, erstere auch zur Heranbildung von Fabrikanten, Fabrikdirectoren, Musterzeichnern und Maschinentechnikern für die Textilindustrie bestimmt. Für gelernte Weber, denen es zum Besuche der Tagesschule an Zeit oder den nöthigen Mitteln fehlt, sowie für das kaufmännische Personal in den Manufacturwaaren-Geschäften sind besondere Abend- und Sonntagscurse vorgesehen. Der Cursus an den höheren Webeschulen soll zwei Jahre, der an den Webeschulen ein Jahr dauern. Obligatorische Unterrichtsgegenstände in der Tagesabtheilung sind: Bildungslehre, Musteraufnehmen, Materiallehre, Maschinenlehre, praktisches Weben, [illegible], Buchführung und Gesetzeskunde. Nach Bedarf wird ein facultativer Unterricht in fremden Sprachen eingerichtet.

* **[Eine Maßregelung]** macht in **Baiern** viel von sich reden. In einer Versammlung zu Auerbach wurde dem Abgeordneten für Fuchsmühl, dem zum Centrum gehörigen Lehner, ein Mißtrauensvotum ertheilt. In der Versammlung trat ein junger Geistlicher, ein Caplan Würzberger, auf, der dem Centrum rücksichtslos den Spiegel seiner Sünden vorhielt, angefeuert durch die Erlebnisse in dem nahen Fuchsmühl. Der Bischof von Bamberg hat daraufhin den Geistlichen sofort strafversetzen lassen.

Ulm, 30. April. Bei der heutigen **Reichstags-Ersatzwahl** im 14. württembergischen Wahlkreise (Geislingen, Heidenheim, Ulm), erhielt Baurath Ehmann (Wirthschaftspartei), unterstützt von den Nationalliberalen, 6616 Stimmen, Hähnle (Demokrat) 6035 St., Dietrich (Socialist) 2017 St., Gröber (Centrum) 22 St. Es ist somit eine Stichwahl zwischen Ehmann und Hähnle erforderlich. **Der Wahlkreis war bisher durch** Bantleon (natl.) vertreten.

Schweden.

Stockholm, 30. April. Vierzig Mitglieder der zweiten Kammer des Reichstages beschlossen gestern Abend die Bildung einer **Partei der Linken**, welche **den Namen „Volkspartei"** führen wird. (W. T.)

Afrika.

* **[Ein Turnier in Fez.]** Wie man aus Madrid schreibt, hat kürzlich in Fez ein glänzendes Turnier stattgefunden, an welchem nach altmarokkanischer Sitte auch der Sultan Abd-el-Aziz Theil genommen hat, um öffentlich seine Geschicklichkeit in kriegerischen Uebungen zu bekunden. Dem interessanten Schauspiele wohnten die Hofwürdenträger, die Minister, die Notabilitäten von Fez, die Häupter der Stämme und die Vertreter der fremden Mächte bei. Der junge Sultan habe sich bei dieser Gelegenheit als ausgezeichneter Reiter und muthiger Kämpfer erwiesen.

Coloniales.

* **[Die Wiederwahl des Prinzen Arenberg]** zum Vorsitzenden der Abtheilung Berlin der deutschen Colonial-Gesellschaft hat bekanntlich einige Austritts-Erklärungen zur Folge gehabt. Hierzu bemerkt die „Köln. Ztg.": Wir glauben, daß wir über die Abstimmung gegen die Ehrung des Fürsten Bismarck unsere Ansicht so deutlich ausgesprochen haben, daß wir sie nicht mehr zu wiederholen brauchen. Trotzdem würden wir bedauern, wenn dieser Streit auch in die Colonial-Gesellschaften hineingetragen werden sollte. Wie es im allgemeinen schon nicht möglich ist, wegen dieses Beschlusses, so bedauerlich er auch gewesen, den gesellschaftlichen und geschäftlichen Verkehr mit Mitgliedern der damals die Mehrheit bildenden Parteien aufzugeben, so ist es jetzt auch nicht gerechtfertigt, auf colonialem Gebiete die Arbeit einzustellen, weil man an der Seite von Centrumsleuten sitzen muß und weil vielleicht ein solcher den Vorsitz führt. Es ist gar nicht in Abrede zu stellen, daß das Centrum in den letzten Jahren zur colonialen Bewegung eine nicht unfreundliche Stellung eingenommen **hat und der Colonial**politik von wesentlichem Nutzen gewesen ist. Unter denen, die hierzu mit am meisten beigetragen haben, steht Prinz Arenberg an erster Stelle, und der Umstand, daß er Centrumsmann ist, verhindert uns nicht, seine Verdienste auf colonialem Gebiete gern anzuerkennen. Diese seine Verdienste konnten wohl nicht leicht einen stärkeren Ausdruck finden, als dadurch, daß man ihn in der ganz vorwiegend protestantischen und sicherlich nicht ultramontanen Stadt Berlin zum Vorsitzenden der Colonialabtheilung wählte. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir die Hilfe jedes Deutschen annehmen, der mit uns für die Colonialpolitik eintreten will, und am wenigsten glauben wir, daß man ein Mitglied zurückweisen oder boycottiren soll, das so wirksam sein lebhaftes Interesse und reges Verständniß für die coloniale Politik bewiesen hatte, wie Prinz Arenberg.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Der japanische Friedensvertrag.

Köln, 1. Mai. Einem Telegramm aus Petersburg zufolge theilt die „Köln. Ztg." mit, daß begründete Aussicht auf eine schnelle und friedliche Einigung über die anstößigen Punkte des japanischen Vertrages vorhanden sei.

Paris, 1. Mai. Der „Gaulois" erfährt, daß Frankreich eine gemeinsame Note an Japan zusammen mit Deutschland unterzeichnet hat.

Yokohama, 1. Mai. Graf Ito ist heute in Tschifu, wo die Ratificationsurkunden ausgetauscht werden sollen, eingetroffen. Bis jetzt ist aber die Ratification durch China der japanischen Regierung noch nicht notificirt worden.

Berlin, 1. Mai. **Major von Wißmann** geht Ende Juni nach Ostafrika. Der Kaiser legte dem Gouverneur von Deutschostrfrika für die Dauer des Amts und Aufenthalts in Ostafrika den Rang der Räthe erster Klasse bei.

— Der (bereits telegraphisch gemeldete) Beschluß der **Reichspartei**, von der **Umsturzvorlage** nur den Militärparagraphen anzunehmen, wurde einstimmig gefaßt.

— Die hiesige **Kunstausstellung** wurde heute durch den Cultusminister **Dr. Bosse** mit einer Ansprache **eröffnet**, in der er besonders die Theilnahme der Süddeutschen und Ausländischen, namentlich französischen Künstler mit Befriedigung hervorhob und die Hoffnung aussprach, daß sich die rege Theilnahme im nächsten Jahre wiederholen möge. Der Feierlichkeit wohnten die Minister Thielen und Frhr. v. Berlepsch, der Rector der Universität Pfleiderer, die Bürgermeister Berlins, viele andere Beamte und hohe Militärs bei.

— Der „Post" zufolge haben in den letzten Tagen im Reichsamt des Innern Berathungen über die Festsetzung der Tarife für den Nord-Ostseecanal stattgefunden. Gestern ist die Tendenz durchgedrungen, die Tarife nicht zu hoch zu gestalten. An den Berathungen nahmen Wörmann und Dahlström aus Hamburg Theil.

Berlin, 1. Mai. Bei der heute Nachmittag fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der königl. preußischen Lotterie fielen:

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 161 683.
2 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 36 809 69 264.
1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 17 498.

40 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2522 7251 9635 9648 15 376 23 431 27 216 39 078 44 522 54 604 55 965 58 407 76 800 103 834 105 627 124 824 132 130 139 854 140 054 141 175 146 351 148 408 149 807 153 187 154 556 161 723 164 674 166 057 166 383 168 693 171 399 173 377 173 748 185 549 186 566 199 128 204 311 208 530 209 161 213 734.

30 Gewinne zu 1500 Mark auf Nr. 2966 9010 9412 23 696 38 559 41 848 46 805 53 906 56 632 65 391 66 683 94 848 97 889 97 973 102 039 103 865 106 699 114 307 116 348 122 379 132 324 133 574 141 063 154 193 157 515 158 261 173 160 179 687 214 894 223 179.

Darmstadt, 1. Mai. Die **zweite Kammer** nahm mit 32 Stimmen den **Antrag Friedrich** an, die Regierung zu ersuchen, falls der Reichstag die **Umsturzvorlage** in der Commissionsfassung annehme, mit allen Kräften dagegenzustimmen.

Pest, 1. Mai. Auf die **Interpellation** eines Mitgliedes der liberalen Partei in der heutigen Sitzung des **Abgeordnetenhauses** wegen der jüngsten **Reise** des päpstlichen **Nuntius Agliardi** in Ungarn erwiderte der **Ministerpräsident v. Banffy**:

Der Nuntius macht durch seine in Ungarn gethanenen Aeußerungen den Eindruck, als habe er die Befugnisse als auswärtiger Vertreter überschritten. Der Nuntius ist nichts weiter als der Vertreter einer fremden Macht. Der Einfluß der Curie auf das geistliche Gebiet darf aber nach dem Staatsrecht nicht durch einen Nuntius, sondern nur durch den Fürstprimas ausgeübt werden. Diese Ansicht der ungarischen Regierung wird auch von der gemeinsamen Regierung getheilt, letztere ist beim heiligen Stuhle vorstellig geworden und hat wegen des Auftretens Agliardis in Ungarn Aufklärungen verlangt.

Diese Antwort des Ministerpräsidenten, deren Wirkung unbeschreiblich war, wurde von den Liberalen mit großem Jubel, von den Clericalen mit häufigen Ausbrüchen tiefster Erbitterung aufgenommen.

Stockholm, 1. Mai. **Die erste Kammer** hat heute die **Kündigung des schwedisch-norwegischen Handelsvertrages** beschlossen.

Sevilla, 1. Mai. Der **Zustand des Herzogs von Orleans** hat sich gebessert.

Tientsin, 1. Mai. Auf **Befehl des Kaisers** ist **Li-hung-tschang** gestern **Abend nach Peking abgereist.**

Das Urtheil des Leichenschaugerichtes in Lowestoft.

Lowestoft, 1. Mai. Das Leichenschaugericht setzte heute seine Verhandlungen fort. Nachdem der Leichenschauer die Zeugenaussagen recapitulirt hatte, gab die Jury nach $1^3/_4$stündiger Berathung ihr Verdict dahin ab, daß dem Steuermann und dem Ausguckmann der „Crathie" eine große Nachlässigkeit deshalb vorzuwerfen sei, weil sie nicht ordentlich Wache gehalten hätten. Wegen des Fehlens jeder Zeugenaussage seitens der auf der „Elbe" befindlich gewesenen Personen ist die Jury der Ansicht, es sei kein genügender Beweis dafür vorhanden, daß wegen der Collision die „Crathie" allein zu tadeln sei. Betreffs der Frage der Hilfeleistung nach dem Zusammenstoß sprach die Jury die „Crathie" von jedem Vorwurf frei.

Danzig, 2. Mai.

* **[Jubiläumsfeier.]** Alle activen und viele früheren Mitglieder des Feuerwehrcorps fanden sich gestern Abend im Spritzenhause zu einer geselligen Vereinigung zusammen, um das Jubiläum ihres Directors zu feiern. Herr Bade sprach seinen Untergebenen den Dank für ihre Theilnahme an seinem Jubiläum aus und trank auf die Fortdauer des bestehenden guten Verhältnisses zwischen ihm und der Wehr. Es wurden dann ein Hoch auf den Jubilar und ein zweites Hoch auf den Brandmeister Herrn Schwarz-Haffter ausgebracht, der der Wehr dann seinen Dank für die Ovation ausdrückte. Zum Schlusse fand ein Tanzkränzchen statt, bei welchem unsere Feuerwehrleute mit ihren Angehörigen noch längere Zeit verweilten.

* **[Maifeier.]** Die Fest-Versammlung, welche gestern Abend die socialdemokratische Partei veranstaltete, war so zahlreich von festlich gekleideten Parteimitgliedern und ihren Angehörigen besucht, daß in dem kleinen Versammlungslokal in der Breitgasse 42 die Erschienenen nur zum kleinsten Theile Platz finden konnten. Nachdem ein Sängerchor ein Lied vorgetragen hatte, hielt Herr Jochem einen Vortrag, in dem er erklärte, daß die Feier des 1. Mai nicht einen Putsch oder einen Massenstreik hervorrufen wolle, sondern beabsichtige, dem Solidaritätsgefühl aller Arbeiter Ausdruck zu geben. Der Redner gab dann einen historischen Ueberblick über die Entstehung der Maifeier, welche auf dem internationalen Arbeitercongreß in Paris beschlossen worden ist und wies darauf hin, daß mit dieser Feier dieselben Ziele verfolgt würden, welche sich in den letzten Jahrzehnten in dem Leben der Völker geltend gemacht hätten. Nachdem sich die nationale Vereinigung in Italien und Deutschland vollzogen hätte, würden internationale Verträge angebahnt, die zum Theil, wie z. B. die Genfer Convention, schon abgeschlossen sind, theils wie die Bestrebungen der Friedensgesellschaft in Vorbereitung seien. Auch die Maifeier gehöre zu der Kategorie dieser Bestrebungen. Der Redner forderte dann die Arbeiter auf, in jetziger Zeit, „wo wir mit vollem Winde in dem Fahrwasser der Reaction segeln", wo die Umsturzvorlage uns drohe und das Vereins- und Versammlungsrecht wahrscheinlich Einschränkungen erfahren werde, treu zur Partei zu halten. „Wie wir aber bereit sind, wenn Deutschland am Rhein oder an der Weichsel angegriffen wird, unser Blut für die Vertheidigung unseres Vaterlandes zu vergießen", so sollen auch alle Arbeiter Mann für Mann bereit sein, für die Herbeiführung besserer Zustände einzutreten. Es wurde schließlich eine entsprechende Resolution angenommen, worauf mit dem Vortrage eines Liedes die Feier beschlossen wurde.

* **[Domherr Grunenberg †.]** In Gr. Lichtenau starb gestern der langjährige Seelsorger der Gemeinde, Herr Ehrendomherr und Decan Joseph Grunenberg im 72. Jahre seines Lebens und 48. seines Priesterthums. Die Beerdigung findet nächsten Montag statt.

k. **[Schiffsverkehr.]** Im Monat April liefen in den hiesigen Hafen 41 Segel- und 124 Dampfschiffe zusammen 165 Schiffe seewärts ein, davon 35 in Ballast. Es kamen aus preußischen Häfen 41 Schiffe (Preußen und Pommern 28, Schleswig-Holstein 11, Rheinprovinz 2), aus Belgien 4, Bremen 4, Dänemark 28, Frankreich 1, Großbritannien 41, Hamburg 15, Holland 4, Lübeck 7, Mecklenburg 3, Schweden 15, Westindien und den Vereinigten Staaten je 1. Mit Kohlen und Coke beladen waren 26 Schiffe, Baumaterialien 14, Granitsteinen 10, Kalksteinen und Kreide 5, Eisen 5, Theer und Pech, Heringen, Petroleum je 1. Es gingen seewärts aus 40 Segel- und 127 Dampfschiffe, zusammen 167 Schiffe, davon 23 in Ballast. Es gingen nach preußischen Häfen 45 Schiffe (Preußen und Pommern 35, Schleswig-Holstein 8, Hannover 2, Rheinprovinz 1), nach Belgien 7, Bremen 3, Dänemark 13, Frankreich 13, Großbritannien 43, Hamburg 7, Holland 16, Lübeck 1, Oldenburg 2, Norwegen 3, Schweden 3, Rußland 7, Britisch-Nord-Amerika 1 und den Vereinigten Staaten 3. Geladen hatten Holz 44 Schiffe, Holz und Beiladung 4, Getreide 10, Getreide und Beiladung 2, Zucker 14, Zucker und Bieleidung 2, Kleie und Mehl 4, Melasse 4.

* **[Amtliche Personalnachrichten.]** Den praktischen Aerzten, Sanitätsräthen Dr. Fincke in Halberstadt und Dr. Dürr in Hannover ist der Charakter als Geh. Sanitätsrath verliehen, die Titular-Professoren Dr. Hornberger in Hann. Münden und Dr. Ramann in Eberswalde sind zu Professoren der anorganischen Naturwissenschaften an den dortigen Forstakademien ernannt; am Schullehrer-Seminar zu Ragnit ist der Kantor und Organist Janz zu Genthin angestellt worden.

* **[Stückgutverkehr bei Kleinbahnen.]** Nach einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 22. v. M. ist für die Ueberführung von Stückgut im Verkehr mit Kleinbahnen eine Gebühr nur insoweit zu erheben, als unter gleichen Voraussetzungen, beispielsweise bei größerer Länge der Verbindungsbahn, auch im Verkehr der Eisenbahnen untereinander eine Ueberführungsgebühr für Stückgut berechnet werden würde. Der Gebührenbetrag würde die ungefähren Selbstkosten der Ueberführung decken müssen.

* **[Berufungs-Strafkammer.]** Wegen Körperverletzung hatte sich der Traftenführer Joh. Stolzmann aus westl. Neufähr zu verantworten, der vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt worden ist. Am 7. August kam St. mit einer Holztraft durch die Plehnendorfer Schleuse, um mit dem Holze in die sog. „Südrinne" zu gehen. Dort collidirte er mit der Ankerboje des dort liegenden kgl. Fischereikutters, und als ihn der Bootsmann Isemeyer deshalb zur Rede stellte, hieb er ihm mit dem Bootshaken über

den Kopf, wodurch J. eine blutende Wunde erlitt. Gegen das Schöffengerichtsurtheil hatte Stolzmann Berufung eingelegt und behauptete, daß ihm sein Bootshaken nur zufällig abgeglitten sei. Der Gerichtshof bestätigte jedoch das Schöffengerichtsurtheil.

n. [**Wallplatz.**] Nachdem im Herbst v. J. durch Magistrats-Fuhrwerke ca. 100 Fuhren guten Mutterbodens von Bastion Luchs zum stellenweise Erhöhen des Wallplatzes herangefahren sind, ist derselbe jetzt vertheilt, der ganze Platz umgegraben, mit Grassamen neu eingesät und eingeharkt. Auch sonst ist der Platz gärtnerisch verschönert. Derselbe sieht jetzt sehr einladend aus und bildet einen hübschen Erholungspunkt.

* [**Vacanzenliste.**] Hilfspolizeibeamtenstelle beim Magistrat in Luckenwalde, Gehalt 1100 Mk. — Zwei Bureaugehilfenstellen beim Magistrat in Altona, Gehalt 1200 Mk. — Kanzlistenstelle beim Magistrat in Beuthen (Oberschlesien), Gehalt 1080 Mk. und 180 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. — Polizeiwachtmeisterstelle beim Gemeindevorstand in Apolda, Gehalt 1200 Mk. und 100 Mk. Kleidergeld rc. — Polizeiwachtmeisterstelle beim Magistrat in Weißenfels, Gehalt 1350 bis 1950 Mk. und 75 Mk. Kleidergeld. — Polizeiwachtmeisterstelle beim Magistrat in Gnesen, Gehalt 1300 Mk., 130 Mk. Wohnungsgeldzuschuß, 75 Mk. Kleidergelder. — Wasserrohrmeisterstelle bei der Verwaltung des städtischen Wasserwerkes in Zeitz. — Regierungslandmesserstelle beim kgl. Wasserbau-Inspector Delion in Elbing.

Der Mai ist gekommen!

Plauderei.

Der Mai ist gekommen, der Wonnemond hält seinen Einzug. Der scheidende April hat ihm eine schwere Aufgabe gestellt, denn nichts ist bekanntlich schwieriger und undankbarer, als der Nachfolger eines hervorragenden und beliebten Vorgängers zu sein und so hat auch der Wonnemonat Mai einen schweren Stand, nachdem schon der April in seiner letzten Hälfte so sonnig und wonnig gewesen. Ob er seinen Platz in Ehren ausfüllen wird? Rudolf Falb, der vielbestrittene, macht uns durchaus keine erfreulichen Aussichten, doch mit dem Propheten im Vaterlande ist es eine eigene Sache — in diesem Falle würde ihm wohl niemand böse sein, wenn er sich tüchtig geirrt hätte. Bange machen gilt nicht!

Als „Saison" für Dichter, Liebende und Maibowle hat der Mai schon lange einen besonderen Ruf, von letzterer soll er sogar, wie ganz schlaue Köpfe behaupten, seinen Namen haben. Nun, weder das Dichten, noch das Lieben, noch das Trinken wird je ganz von der Welt verschwinden, sondern zu jeder Zeit betrieben werden. Die übliche Zahl von Verlobungsanzeigen dürfte jedoch in diesem Mai nicht ganz erreicht werden, da die zu diesem Zwecke so gern benutzte Gelegenheit erst in den Juni fällt, obwohl Pfingsten doch so recht das eigentliche Maifest ist. Ziehen wir dann hinaus in's prächtige Mailüfterl — genügt die nähere Umgegend nicht, so giebt es ja noch das Dampfroß, und obendrein jetzt wieder eine hinlängliche Menge von Zügen und die berühmten und beliebten „billigen Tage" mit ihren besonderen Zugkräften. Draußen webt und blüht alles und — was wohl selten vorgekommen — so manches Wunderschöne ist sogar schon vor dem „wunderschönen" Monat verblüht, so ein üppiger Rosenflor in dem Gartenetablissement des Herrn Riß zu Hermannshof. Hunderte von Rosen hatten da bereits Mitte April ihre Blüthenpracht erschlossen, doch nur kurzes Dasein gönnte die liebe Sonne diesen frühen Sommerkindern — in wenigen warmen Tagen war es mit ihrer Pracht und ihrem Duft dahin . . . entblättert — verblüht ihr junges, freudekündendes Dasein! Was wird nun der „Wunderschöne" bringen? Hoffentlich nicht Eisblumen.

Aus der Provinz.

⚓ **Zoppot**, 30. April. Die **Gemeinde-Vertretung** führte heute die Berathung des Etats pro 1895/96 zu Ende. Zu einer Discussion gaben folgende Petitionen Anlaß:

Zu Straßenpflasterungen sind 13 000 Mk. ausgesetzt. Der Gemeindevorstand beabsichtigt, diese Summe zur Fortsetzung der Umpflasterung der Südstraße zu verwenden. Dieser Ansatz wird von verschiedenen Seiten angefochten und namentlich angeführt, daß die Finanzlage der Gemeinde es nicht gestatte, so hohe Ausgaben jährlich für die Wegeverwaltung zu leisten. Herr Siebenfreund beantragte, die Summe auf zwei Jahre zu vertheilen, in diesem Jahre zur Anschaffung des Materials 6000 Mk. auszusetzen und den Rest von 7000 Mk. in den nächsten Etat aufzunehmen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich die Mitglieder der Wegecommission, die Herren Frantzius, Bielefeldt und Gromsch, welche entgegneten, daß eine Aufbewahrung des gesammten Pflasterungsmaterials den Winter hindurch unzweckmäßig, ja unausführbar sei. Herr Dr. Lindemann beantragte, statt 13 000 nur 11 000 Mk. zu bewilligen mit der Maßgabe, daß davon 8000 Mk. zur Pflasterung der Südstraße und 3000 Mk. zur Pflasterung des im Zuge des Weges von Zoppot nach Groß-Katz belegenen Weges bestimmt sind. Dieser Antrag wurde angenommen. Ebenso ein Antrag des Herrn Nawrocki, durch welchen der Gemeindevorsteher ersucht wird, einen Plan für die systematische Pflasterung der hiesigen Straßen anfertigen zu lassen und der Versammlung vorzulegen. Zur Kanalisirung von Wasserläufen wurden nach dem Voranschlag 1000 Mk. bewilligt. Einen gleichen Betrag haben die betheiligten Grundstücksbesitzer herzugeben. Es sollen Grabenstrecken an der Wilhelmstraße kanalisirt werden. — Bei dem Fonds für die Unterhaltung des Gemeindekirchhofes sind 2000 Mk. zum Ankauf eines Landstücks behufs Vergrößerung des Kirchhofes ausgeworfen. Herr Gromsch führt erläuternd an, es habe sich das Bedürfniß nach Errichtung einer Leichenhalle dringend fühlbar gemacht. Da außerdem der Kirchhof in nicht ferner Zeit eine Vergrößerung werde erfahren müssen, seien mit dem Besitzer eines neben demselben belegenen, etwa 4 Morgen großen Landstücks, Herrn R. Grünholz, wegen Abtretung des letzteren an die Gemeinde Verhandlungen angeknüpft. Der Kaufpreis sei auf 2000 Mk. verabredet. Gegen eine Vergrößerung des Kirchhofs durch Zukauf von Land wurde von der Versammlung im wesentlichen nichts eingewendet, doch fand man den Preis sehr hoch, auch war man der Ansicht, daß eine kleinere Fläche, etwa die Hälfte, genügen werde. Der Gemeinde-Vorsteher führte noch aus, daß die Errichtung einer würdigen Leichenhalle dringend nothwendig sei, es könne z. B. während der Badesaison zum öfteren vor, daß Leichen verstorbener Badegäste, welche in der Wohnung wegen der beschränkten Räumlichkeiten nicht aufbewahrt werden könnten, bis zur Beerdigung anderweit untergebracht werden müßten. Die Versammlung setzte den Betrag auf 1000 Mk. herab, es dem Gemeindevorsteher überlassend, mit Herrn Grünholz weitere Verhandlung zu pflegen. Zur Aufstellung einer neuen Pumpe auf dem Kirchhof wurden 100 Mk. bewilligt. — Im Einnahme-Etat sind als Wasserzins wie bisher $33\frac{1}{3}$ Proc. der Gebäudesteuer mit dem Betrage von 5500 Mk. eingestellt. Herr Hoffmann weist darauf hin, daß der Beschluß betreffend die Erhebung des Wasserzinses diesen Procentsatz als den Maximalsatz bestimme. In Ausgabe seien zur Unterhaltung der Wasserleitung nur 2515 Mk. ausgesetzt, es würde also bei unveränderter Annahme des Etats sich ein Ueberschuß von 3000 Mk. und darüber ergeben, der anderen Verwaltungen zu gute kommen würde, was nicht statthaft erscheine. Die Gebäudesteuer sei fast um $\frac{1}{3}$ erhöht, es sei nicht zu rechtfertigen, wenn diese Erhöhung auch bei Veranlagung des Wasserzinses ausgebeutet werde. Er beantrage statt $33\frac{1}{3}$ Procent zu setzen 20 Procent und statt 5500 Mk. 3300 Mk. Der Gemeindevorsteher erwiderte: Es werde beabsichtigt, die Wasserleitungsröhren in der Südstraße und auf anderen Strecken, wo sie sich als zu eng erwiesen hätten, aufzunehmen, sie durch weitere Röhren zu ersetzen und die aufgenommenen Röhren zur Versorgung solcher Straßen, die noch keine Leitung haben, wie z. B. die Wäldchenstraße, zu verwenden. Die Gemeindevertretung habe im vorigen Jahre die Genehmigung dazu ertheilt, daß die Röhren in der Südstraße gegen dreizöllige ausgewechselt werden sollten, die Bewohner der an dieser Straße gelegenen Grundstücke würden sich bitter enttäuscht finden, wenn jetzt dieser Beschluß theilweise wieder rückgängig gemacht würde. Herr Gromsch bemerkte, Herr Hoffmann habe bis jetzt alljährlich gegen die Höhe des Wasserzinses plaidirt, jedoch ohne jeden Erfolg, er werde voraussichtlich auch diesmal unterliegen. Bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag Hoffmann mit großer Mehrheit angenommen. — Bei der Berathung des Kapitels betreffend die Gemeindesteuern wurde bemängelt, daß der Etat nicht die Summen angebe, welche an Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer- und Staatseinkommensteuer pro 1895/96 aufkommen, eine rechnerische Controlirung der angestellten Zahlen also nicht ausführbar sei. Der Gemeinde-Vorsteher erwiderte hierauf: Der Etat sei Ausgangs Februar d. J. aufgestellt, die Berathung desselben hätte spätestens im Monat März erfolgen sollen und sie sei nur in diesem Jahr durch den zufälligen Umstand verzögert worden, daß die Beschlüsse bezüglich der auf Grund des Communalsteuergesetzes neu eingeführten Steuern und Gebühren nicht rechtzeitig die vorgeschriebene Bestätigung erhalten hätten. Es sei aber im Februar nicht möglich gewesen, die Sollbeträge der Principalsteuern pro 1895/96 anzugeben, weil sie noch nicht feststanden, dieselben seien sogar heute noch nicht genau bekannt. Die Angaben würden sich auch für die Folge nicht beschaffen lassen. Der Etat sei doch ein Anschlag, der im wesentlichen auf Schätzung beruhe, man werde immer sich an die Resultate der vergangenen Jahre, wie hier geschehen, anlehnen müssen, die zuverlässiger seien, als das festgestellte Soll des laufenden Rechnungsjahres. — Es sind an Zuschlägen eingestellt 120 Proc. zur Einkommensteuer 28 800 Mk., 170 Proc. zur Grund- und Gebäudesteuer 25 500 Mk., 170 Proc. zur Gewerbesteuer 5100 Mk. Die Gemeindevertretung erhöhte den Zuschlag zur Gebäudesteuer auf 28 000 Mk. und nahm im übrigen den Etat an. Der Dispositionsfonds der Gemeindevertretung, im Entwurf auf 14 496 Mk. angenommen, wurde auf 23 646 Mk. und der Etat im ganzen auf 203 500 Mk. in Einnahme und Ausgabe festgesetzt.

* **Zoppot**, 1. Mai. Herr **Dr. Feuerstein** hierselbst ersucht uns um folgende Mittheilung: Zehn **Freiplätze** für minderbemittelte kur- und erholungsbedürftige **Journalisten** und **Beamte** (Lehrer) sind in dem von Dr. Feuerstein-Zoppot geleiteten **Sanatorium** (Natur- und Wasserheilanstalt) für diese Saison eröffnet worden. Die Befreiung bezieht sich auf: Wohnung, ärztl. Behandlung, Bädergebrauch, Aufnahmstaxe u. s. w. Reflectanten ertheilt nähere Auskunft Dr. Ctr. Feuerstein-Zoppot (Sanatorium).

Dirschau, 1. Mai. Gestern Abend fand die Jahresversammlung des hiesigen **Spar- und Bauvereins** statt. In derselben wurde beschlossen, von dem erzielten Gewinn, der sich auf 7,4 Procent des Mitgliederguthabens beläuft, eine Dividende von 3 Procent zu zahlen und den Rest dem Reservefonds zuzuführen. Am 1. Juli soll nach der „Dirsch. Ztg." das erste von dem Verein erbaute Haus bezogen werden.

Elbing, 30. April. Gestern Nachmittag hielt die **Obstverwerthungs-Genossenschaft** eine General-Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Molkereibesitzer Schroeter, mittheilte, daß die Genossenschaft 28 eingetragene Genossen zähle. Zur Gründung gebraucht der Verein ein Kapital von 50 000 Mk. Bei einer Stärke von 50 Mitgliedern mit einem Pflichtantheil von 500 Mk. würde die Summe von 22 500 Mk. sich ergeben. Die Seehandlung würde einen Credit zu $2\frac{1}{2}$—3 Proc. in Höhe des garantirten Fonds gewähren und es stände dann dem praktischen Vorgehen nichts mehr im Wege. Angemeldet waren 33 neue Mitglieder.

♂ **Marienwerder**, 1. Mai. Nach hierher gelangten Privatnachrichten wird der **Landwirthschaftsminister v. Hammerstein** bei seinem (schon gemeldeten) Besuch der hiesigen **Districtsschau** am 28. u. 29. Mai wahrscheinlich bei dem hiesigen Gestütsdirector Wohnung nehmen. Wie bekannt, sind für die **Ausstellung** die Baulichkeiten des neuen Artillerie-Kasernements zur Verfügung gestellt worden. Deren Herstellung ist soweit fortgeschritten, daß der Bau einschl. der Pflasterung bis zum Tage der Ausstellung völlig beendet ist und mit den Vorbereitungen für die Ausstellung schon in den nächsten Tagen begonnen werden kann. Ebenso wie voraussichtlich die Vieh- und Pferdeausstellung wird auch die Ausstellung landwirthschaftlicher Maschinen sehr zahlreich beschickt sein, insbesondere wird auch eine Dynamomaschine mit elektrischen Einrichtungen zur Ausstellung gelangen. Am ersten Tage der Ausstellung wird im neuen Schützenhause ein Festessen stattfinden, für welches auch die Theilnahme von Damen in Aussicht genommen ist. Der hiesige kaufmännische Verein hat in seiner gestrigen Sitzung 50 Mk. zu einer **Prämie** für Vieh und 50 Mk. zu Ehrenpreisen für gewerbliche Leistungen bewilligt. Die Zahl der für die gewerbliche Ausstellung angemeldeten hiesigen Aussteller ist inzwischen auf etwa 50 gestiegen.

Königsberg, 1. Mai. In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung der **Stadtverordneten-Versammlung** lag folgender dringliche Antrag einer Anzahl Stadtverordneter vor über den Abgang folgender **Petition an den Reichstag** Beschluß zu fassen und dem Magistrat anheim zu geben, seinerseits in demselben Sinne bei dem Reichstage vorstellig zu werden. Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„Einen hohen Reichstag ersucht die unterzeichnete Stadtverordneten-Versammlung der königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg, die zur Berathung stehende sogenannte **Umsturzvorlage** wegen der schweren Schädigung, womit sie neben dem öffentlichen, auch das wirthschaftliche Leben, besonders aber unsere communalen Interessen bedroht, abzulehnen."

Der Antrag wurde mitsammt der Petition mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

‡ **Mohrungen**, 30. April. Der Kreisausschuß beschloß in seiner letzten Sitzung, dem **Kreistage** die Einführung einer **Hundesteuer** von 3 Mk. für jeden Hund vorzuschlagen. Die Hunde der angestellten Hirten, Schäfer und Jagdbeamten sollen von dieser Steuer befreit sein. Ein weiterer Gegenstand der Berathung bildete die **Vertilgung der schwarzen Saatkrähe**, die eine Plage des Landmannes ist, namentlich in der Umgegend ihrer Brutstätten, wie sich eine solche im Simonetter Wäldchen befindet. Es wurde beschlossen, eine ähnliche Polizeiverordnung zu erlassen, wie solche im Kreise Pr. Holland besteht. — Auch hier ist der **Roggen** im allgemeinen sehr schlecht durch den Winter gekommen. Nur die Besitzer, welche Johanniroggen gesät haben, sind zufrieden. Der schwedische Roggen hat am meisten gelitten, selbst auf sehr gutem, ebenen Boden giebt es viele Ausfälle.

Memel, 30. April. Vor ca. drei Wochen ist mit dem Bepflanzen der **Wanderdünen auf der kurischen Nehrung**, welche Arbeiten im vorigen Jahre bis circa 10 Kilometer weit südlich von den drei Baaken gediehen waren, begonnen worden. Ca. 180 Personen, Männer und Frauen, sind bei dieser mühevollen Arbeit beschäftigt. Bis jetzt sind ca. 20 Millionen Kiefernpflanzen hier eingetroffen und zum größten Theil durch den fiscalischen Dampfer „Bleeck" an die Pflanzstellen geschafft worden. In diesem Jahre hofft man weitere 2—3 Kilometer anzupflanzen. (M. D.)

Bromberg, 1. Mai. Auf der **neuen Kleinbahn Bromberg-Krone a. d. Brahe** fand vorgestern die erste Probefahrt statt. Die Eröffnung der Bahn wird am 16. Mai erfolgen.

Vermischtes.

Neue Erdstöße in Laibach.

Laibach 1. Mai. (Telegr.) Gestern Abend 6 Uhr 57 Minuten wurde wieder ein mäßig starker, zwei Sekunden dauernder Stoß verspürt, dem in der Nacht zwei schwächere Stöße folgten. Infolge der Erdstöße in den letzten Tagen erweitern sich die Risse und Sprünge in den Mauern.

Die armen Taschendiebe.

Sie haben auch unter der Ungunst der Zeiten zu leiden. Eine kleine englische Wochenschrift hat sich das Vergnügen gemacht, durch einen ihrer Redacteure eine Anzahl „Pickpockets" über den Nutzen, den sie aus ihrem „Geschäft" ziehen, gründlich ausfragen zu lassen und bekam dabei von einem im Dienst ergrauten Taschendiebe folgende Jeremiade zu hören: „Man hat von unseren Einkünften eine ganz falsche Vorstellung, wenn man denkt, daß unser Handwerk uns viel Geld einbringe. Ich kann Ihnen aus Erfahrung sagen: ein „Pickpocket" lebt nicht, er vegetirt. Der Winter ist für uns die schlimmste Zeit. Mit gefrorenen Fingern kann man nicht gut arbeiten. Ich selbst habe z. B. im vergangenen Winter kaum so viel „verdient", um mein möblirtes Zimmer bezahlen zu können, und ich wäre Hungers gestorben, wenn mir unser Wucherer nicht Geld geliehen hätte. Aber dieses Geld ist sehr theuer, denn die Wucherer sind noch weit größere Gauner, als wir. Es scheint wirklich Bestimmung zu sein, daß wir Spitzbuben am meisten bestohlen und übervortheilt werden. Tragen doch jetzt selbst die elegantesten Lebemänner und Damen falsche Juwelen. Eine Woche lange habe ich jüngst einen „Gentleman" verfolgt, der zu seinem Unglück die Gewohnheit hat, „einen zu heben" (zu viel zu trinken). Eines Abends fand ich ihn völlig betrunken in einem abgelegenen, einsamen Gäßchen und nahm ihm eine prachtvolle Brillantnadel aus dem Halstuche, die, wie sich später herausstellte, nur zwei Schilling kostete. Und das war der Ertrag einer ganzen Woche!"

Ein Eifersuchtsdrama.

Paris, 30. April. Ein furchtbares Drama, dem einer der bekanntesten französischen Meisterradfahrer, der aus vielen Kämpfen siegreich hervorgegangene Paul Medinger, zum Opfer gefallen ist, hat sich hier abgespielt. Der Meisterschaftsfahrer hatte vor einigen Jahren eine junge Engländerin geheirathet, die sich von Anfang der Ehe an sehr eifersüchtig zeigte und besonders durch die Beziehungen ihres Gatten zu einer ihrer Freundinnen, Madame X., sehr aufgebracht war. Frau Medinger, die vor mehreren Wochen sich nach Manteon begeben hatte, wurde vor zwei Tagen durch einen anonymen Brief davon [illegible] ihr Gatte während ihrer Abwesenheit seine Beziehungen zu Frau X. fortsetzte. Sie kehrte sofort darauf nach Paris zurück, um ihrem Gatten heftige Scenen zu machen. Dem Dienstmädchen zufolge kam es am Sonnabend zu einem besonders erregten Auftritte, der damit endete, daß Medinger auf die Forderung seiner Frau, sein Verhältniß aufzugeben, erklärte, dieses Leben nicht mehr aushalten zu können und sich von der Eifersüchtigen zu trennen. Die beiden Gatten begaben sich darauf in ihr Schlafzimmer, um einige Interessenfragen zu regeln. Plötzlich hörte das Dienstmädchen zwei Schüsse fallen. Sie stürzte in das Schlafzimmer und fand dort Frau Medinger entseelt über den Körper ihres Gatten hingestreckt. Die Eifersüchtige hatte zuerst ihren Gemahl getödtet und darauf sich selbst in die rechte Schläfe geschossen. Der Tod Beider war auf der Stelle eingetreten und die herbeigerufenen Behörden konnten nur noch das Ableben beider Gatten feststellen.

Aluminiumboote.

London, 29. April. Der britische Consul in Baltimore berichtet in seinem letzten Amtsbericht über die in letzter Zeit in Baltimore für die Regierung der Vereinigten Staaten gebauten Aluminiumböte. Das erste Boot war 18 Fuß lang, 4 Fuß breit und 2 Fuß tief. Es wog 350 Pfund. Es wurden verschiedene Versuche mit dem Boote angestellt. Zuerst wurde es leer in's Wasser gelassen. Ein Mann setzte sich auf das Dahlbord, um es zum Umschlagen zu bringen, allein vergebens. Dann wurde das Boot schwer beladen, dennoch blieb es $4\frac{1}{2}$ Zoll über dem Wasser. Darauf wurden die wasserdichten Abtheilungen geprüft. Man schlug es um. Dennoch aber füllte es sich nur halb voll mit Wasser. Sodann wurde das Boot mit Wasser gefüllt. Auch dann ging es nicht unter. Es neigte sich auf die Seite und entleerte die Hälfte Wasser. Diese Versuche scheinen zu ergeben, daß sich Aluminiumboote vortrefflich zu Rettungsbooten eignen. Wenn nur das Salzwasser das Aluminium nicht so sehr angriffe.

Haarfärbung mittels der Elektricität.

Daß die Elektricität als Haarfärbemittel benutzt werden kann, ist die neueste Entdeckung eines Amerikaners. Diese Verwendung geschieht in der Weise, daß man das Haar mit einer Flüssigkeit, in der ein oxydirender Stoff aufgelöst ist, mittels eines Metallkammes, der mit dem einen Pol einer elektrischen Batterie verbunden ist, benetzt und kurze Zeit kämmt, während man in den Nacken eine Metallplatte legt, die mit dem anderen Pol der Batterie verbunden ist. Durch den elektrischen Strom wird die Flüssigkeit chemisch zersetzt und es verbindet sich der oxydirende Stoff mit den Haaren und giebt diesen die gewünschte Farbe. Dies Verfahren ist also sehr kurz und einfach; doch gedenkt der Erfinder es noch auf andere Gebiete auszudehnen und namentlich „im Interesse" der Damenwelt noch weiter zu vervollkommnen. — Warten wir es ab!

Auf Grund gerathen.

Port Said, 29. April. Das französische Truppen-Transportschiff „**Tibet**", welches nach Madagascar bestimmte Truppen an Bord hat, ist im Suezkanal stark auf Grund gerathen. (W. T.)

Kunst und Wissenschaft.

Kunstausstellung in Venedig.

Venedig, 30. April. Heute Vormittag wurde die hiesige internationale Kunstausstellung durch den König und die Königin feierlich eröffnet. Dem Act wohnten die Minister Baccelli und Mocenni, die Spitzen der Behörden und die geladenen Persönlichkeiten bei. Das Königspaar wurde von der Volksmenge lebhaft begrüßt. (W. T.)

Börsen-Depeschen.

Berlin, 1. Mai. (Telegramm.) **Tendenz der heutigen Börse.** Trotzdem die auswärtigen Börsen sehr geringe Anregung boten und aus Wien die Nachricht vorlag, daß am dortigen Platze unter Patronanz der Creditanstalt eine Elektricitätsgesellschaft mit 40 Mill. Gulden Kapital gegründet werden soll, die jedch den Thatsachen nicht entspricht, eröffnete die Börse trotzdem in fester Tendenz für heimische Banken und insbesondere für Montanwerthe, obwohl die Meldung der Blätter, daß der Bestand des Kohlensyndicats auf weitere 10 Jahre gesichert sei, von betheiligter Seite dahin richtig gestellt wird, daß jene Meldung noch nicht als positiv anzusehen sei. Die Speculation setzte in leitenden Speculationswerthen von Kohlenactien ihre Käufe fort. Eisenactien lagen still. In Eisenbahnactien waren Ostpreußen schwächer, österreichische schwankend, schweizerische nach Schwankungen behauptet, italienische fest, Warschau-Wiener still, Prinz Heinrichbahn matt auf die Klarheit über die Verhandlungen mit der Luxemburger Wilhelmbahn. Von Schiffahrtsactien war Lloyd bei 4 Proc. Zuschlag bevorzugt. Trust-Dynamit still. Fondsmarkt still, doch behauptet. Italiener gebessert, Mexikaner belebt, heimische Anlagen fest, Türkenloose fest, Canada-Pacific schwächer. Beim Uebergang in die zweite Börsenstunde war der Lokalmarkt bei ruhigem Geschäft behauptet, später Banken, besonders Disconto-Handelsantheile, Dresdner Bank belebt, Bahnen gebessert, Prinz Heinrichbahn behauptet. Im weiteren Verlaufe war die Tendenz weiter belebt. Dresdner Bank war weiter anziehend auf die heute in London stattgehabte Eröffnung ihrer Bankfiliale; Credit auf Wien anziehend, Fonds erholt, Italiener fest, Schluß fest, Nachbörse sehr fest. Privatdiscont $1\frac{1}{2}$.

Frankfurt, 1. Mai. (Abend-Course.) Oesterreichische Creditactien $332\frac{3}{8}$, Franzosen 365, Lombarden $89\frac{5}{8}$, ung. 4% Goldrente 102,80, ital. 5% Rente 87,60. Tendenz: fest.

Paris, 1. Mai. (Schluß-Course.) Amort. 3% Rente 101, 3% Rente 102,10, ungar. 4% Goldrente $102{,}87\frac{1}{2}$, Franzosen 908,75, Lombarden 246,25, Türken $25{,}72\frac{1}{2}$, Aegypter 106. Tendenz: fest. — Rohzucker loco 26,00—26,50, weißer Zucker per Mai $27{,}37\frac{1}{2}$, per Juni 27,50, per Juli-August 27,75, per Oktbr.-Januar $28{,}37\frac{1}{2}$. — Tendenz: behauptet.

London, 1. Mai. Feiertag. Platzdiscont $\frac{7}{8}$. — Silber $30\frac{1}{4}$. — Tendenz: —. — Havannazucker Nr. 12 $11\frac{1}{2}$. Rübenrohzucker $9\frac{5}{8}$. Tendenz: ruhig.

Petersburg, 1. Mai. Wechsel auf London 3 M. 93,20.

Newyork, 30. April. (Schluß-Course.) Geld für Regierungsbonds, Procentsatz $1\frac{1}{2}$, do. für andere Sicherheiten do. 2, Wechsel auf London (60 Tage) $4{,}88\frac{1}{4}$, Cable Transfers $4{,}89\frac{3}{4}$, Wechsel auf Paris (60 Tage) $5{,}16\frac{7}{8}$, do. auf Berlin (60 Tage) $95\frac{3}{8}$, Atchison-, Topeka- u. Santa-Fé-Actien $5\frac{1}{2}$, Canadian-Pacific-Actien $45\frac{3}{4}$, Central-Pacific-Actien $17\frac{1}{2}$, Chicago-, Milwaukee- u. St. Paul-Actien 62, Denver- u. Rio-Grande-Preferred $42\frac{1}{2}$, Illinois-Central-Actien 91, Lake Shore Shares $143\frac{1}{4}$, Louisville- und Nashville-Actien $55\frac{1}{4}$, Newyork-Lake-Erie-Shares $11\frac{1}{4}$, Newy. Centralbahn $98\frac{1}{8}$, Northern-Pacific-Prefer. $21\frac{3}{8}$, Norfolk and Western-Preferred 15[illegible], Philadelphia and Reading 5% [illegible]-Bonds $30\frac{1}{2}$, Union-Pacific-Actien $12\frac{1}{2}$, Silver, Comm. Bars. $66\frac{1}{4}$. — Waarenbericht. Baumwolle, Newyork $6\frac{15}{16}$, do. New-Orleans $6\frac{3}{16}$. Petroleum do. Newyork 9,15, do. Philadelphia 9,10, do. rohes nom., do. Pipe line cert. per Mai 195 nom. Schmalz West. steam 7,00, do. Rohe u. Brothers 7,25. Mais kaum behauptet, do. per Mai $52\frac{5}{8}$, per Juli $53\frac{1}{8}$, do. per Septbr. $53\frac{5}{8}$. Weizen stetig, rother Winterweizen $68\frac{7}{8}$, do. Weizen per April —, do. do. per Mai $67\frac{1}{8}$, do. do. per Juli $67\frac{3}{8}$, do. do. per Dezbr. 70. Getreidefracht n. Liverpool 2. Kaffee fair Rio Nr. 7 16, do. Rio Nr. 7 per Mai 14,20, do. do. per Juli 14,55. Mehl, Spring-Wheat clears 2,80. Zucker $2\frac{3}{4}$. Kupfer 9,80.

Chicago, 30. April. Weizen stetig, per Mai 62, per Juli $63\frac{1}{8}$. — Mais kaum behpt., per Mai $47\frac{1}{8}$. Speck short clear nomin. Pork per April 11,87.

Rohzucker.

(Privatbericht von Otto Gerike, Danzig.)

Danzig, 1. Mai. Tendenz: ruhiger. Heutiger Werth 9,25/30 M Gd. Basis 88° Rendem. incl. Sack transito franco Hafenplatz.

Magdeburg, 1. Mai. **Mittags 12 Uhr.** Tendenz: stetig. Mai 9,60 M, Juni 9,75 M, Juli $9{,}87\frac{1}{2}$ M, August 10,00 M, Oktober-Dezbr. $10{,}12\frac{1}{2}$ M.

Abends 7 Uhr. Tendenz: ruhiger. Mai $9{,}52\frac{1}{2}$ M, Juni 9,70 M, Juli 9,80 M, August 9,90 M, Oktbr.-Dezember 10,05 M.

Berliner Viehmarkt.

(Telegraphischer Bericht der „Danz. Ztg.")

Berlin, 1. Mai. **Rinder.** Es waren zum Verkauf gestellt 374 Stück. Tendenz: Es war nur reichlich ein Drittel bei mattem Geschäft abgesetzt.

Schweine. Es waren zum Verkauf gestellt 6287 Stück, darunter 22 Stück Bakonier. Tendenz: Der Markt setzte bei schwachem Auftriebe fest ein, schloß aber matt, so daß schließlich die notirten Preise nicht erzielbar waren. Die in Folge der kühlen Witterung ausnahmsweise günstig ausgefallenen Fleischmärkte veranlaßten eine Preissteigerung. Bakonier blieben ohne Umsatz. Bezahlt wurde für: 1. Qual. 45—46 M, 2. Qual. 43—44 M, 3. Qual. 41—42 M per 100 Pfd. mit 20 % Tara.

Kälber. Es waren zum Verkauf gestellt 1697 Stück. Tendenz: Der Handel verlief ruhig. Nur die beste Waare erzielte gute Preise. Bezahlt wurde für: 1. Qualität 54—60 Pf., ausgesuchte Waare darüber, 2. Qualität 45—53 Pf., 3. Qualität 36—44 Pf. per Pfund Fleischgewicht.

Hammel. Es waren zum Verkauf gestellt 2644 Stück. Tendenz: ca. 1200 Stück wurden zu ziemlich unveränderten Preisen verkauft.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 1. Mai. Wind: NNO.

Gesegelt: Julius Strike, Behn, Kjöge, Holz. — Dwina (SD.), Providentia, Holz, Newcastle, Holz. — Lotte (SD.), R. Otto, Dün-Wilson, Leith, Zucker. — kirchen, Melasse.

Nichts in Sicht.

Fremde.

Hotel de Thorn. Frau Rittergutsbesitzer Lange aus Johannisthal. Frau Oberfeld a. Lappin, Rentiere. Frl. Arnhold a. Kahlbude. Leubhold a. Düsseldorf, Beamter. Eckert a. Dresden, Cohn, L'Orange Rehfeld a. Berlin, Litten a. Köslin, Matern a. Hannover, Becker a. Köln, Lewrenz a. Guben, Brunnert aus Chemnitz, Kaufleute.

Verantwortlich für den politischen Theil, Feuilleton und Vermischtes Dr. B. Herrmann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Inseratentheil: A. Klein, beide in Danzig.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 2. Mai 1895,
Abends 7½ Uhr:
Außer Abonnement. P. P. C.

Die beiden Reichenmüller.

Posse mit Gesang in 3 Acten von Anton Anno.
Regie: **Max Kirschner.** Dirigent: Eduard Pölz.
Personen:

Reichenmüller, Fabrikbesitzer	Franz Schieke.
Therese, seine Frau	Filomene Staudinger.
Rudolf, beider Sohn	Emil Berthold.
Michael Beischle, Fabrikbesitzer aus Ulm	Max Kirschner.
Lisbeth, dessen Tochter	Rosa Hagedorn.
Mathias Schlegel, Steinklopfer	**Conrad Dreher.**
Barbara, seine Frau	Anna Kutscherra.
Marie, deren Tochter	Rosa Lenz.
Lunger, Fabrikführer	Josef Kraft.
Eduard Buchner, Commis	August Braubach.
Balthasar, Diener	Ernst Arndt.
Sophie, Kammermädchen	Ella Grüner.
Lohrmann, Bahnhofsinspector	Josef Miller.
Deibl, Weichensteller	Bruno Galleiske.
Ein Arbeiter	Emil Werner.

Vorkommende Gesangs-Einlagen:
Im Vorspiel: „Dunkle Ahnung", Couplet, vorgetragen von Dir. Conrad Dreher.
Im 2. Act: „Münchner Leben" (Salvatorbier, Oktoberfest und Treibjagd). Großes Prosa-Couplet verfaßt und vorgetragen von Dir. Conrad Dreher.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse verstarb heute Nachmittag 1 Uhr nach kurzem schweren Krankenlager meine innig geliebte Frau, gute Mutter, Tochter und Schwester
Laura Auguste Emilie Pelny, geb. Enß,
Um stilles Beileid bittet der tief betrübte und trauernde Gatte
Wilhelm Pelny.
Danzig, 1. Mai 1895.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 5. d. Mts., Nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle der St. Bartolomäikirche aus statt. (8466

Heute Nacht 2 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden meine gute Mutter
Eleonore Stanke,
geb. Richter,
in ihrem 70. Lebensjahre.
Langfuhr, 1. Mai 1894.
Carl Stanke.

Statt besonderer Meldung.
Am 20. März entschlief nach langem Leiden in Adelaide, Süd-Australien, mein lieber ältester Sohn
Carl Eggert.
Dieses zeigt in tiefer Trauer an
verw. Frau Präsident **A. Eggert,** geb. Rümker.
Erfurt, d. 29. April 1895.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Preuß. Stargard, Band III, Blatt 118 auf den Namen der Maler **Albert** und **Clara Anna,** geb. **Haendler-Gast'schen** Eheleute eingetragene, in der Stadt Pr. Stargard (Kirchen- u. Hirtenstraßen-Ecke) belegene Grundstück
am 20. Juni 1895,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 31, versteigert werden.
Das Grundstück ist 1 a 70 qm groß, zur Grundsteuer nicht, dagegen mit 591 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.
Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie etwaige besondere Kauf-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei III eingesehen werden.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird (8455
am 20. Juni 1895,
Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle, Zimmer 31, verkündet werden.
Pr. Stargard 27. April 1895.
Königliches Amtsgericht III.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Pelzau Band 49 I. Blatt 1, auf den Namen der Frau **Ida Klrutz** eingetragene, zu Pelzau belegene Grundstück
am 11. Mai 1895,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 10, versteigert werden.
Das Grundstück ist mit 567,54 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 320,2385 Hektar zur Grundsteuer, mit 1074 Mark Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I hier eingesehen werden.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird
am 13. Mai 1895,
Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle verkündet werden. (4207
Neustadt Westpr., den 25. Februar 1895.
Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Stadt Sargard Band IV, Blatt 154, auf den Namen des Restaurateurs **Franz Anton Brzybyszewski** eingetragene, zu Pr. Stargard belegene Grundstück (mit Hotel und Restaurant)
am 16. Mai 1895,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 31, versteigert werden.
Das Grundstück hat eine Fläche von 0,14,21 Hektar, ist zur Grundsteuer nicht veranlagt, dagegen mit 834 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.
Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung III, eingesehen werden.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird
am 16. Mai 1895,
Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 31, verkündet werden. (6057
Pr. Stargard, den 28. Februar 1895.
Königliches Amtsgericht III.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist zufolge Verfügung vom 23. April 1895 am 25. April 1895 bei Nr. 16 — Actiengesellschaft Preußische Portland-Cementfabrik zu **Neustadt Westpr.** — eingetragen worden:
Col. 4: Zu dem Aufsichtsrath gehört noch:
4. der Kaufmann **Felix Hertzfeld zu Hannover.**
Neustadt Westpr., 25. April 1895.
Königliches Amtsgericht.

Bürgermeister-Vakanz.

Die hiesige Bürgermeisterstelle ist neu zu besetzen. Wahlperiode 12 Jahre. Pensionsfähiges Gehalt 2400 M. Bauschquantum für Bureau-Arbeitskräfte, sämmtliche Ausgaben pp. 2300 M. Im Falle der Anstellung eines Stadt-Secretairs 1000 M weniger.
Nähere Auskunft insbesondere über Bekleidung von Nebenämtern und Bezüge aus denselben ertheilt Unterzeichneter. Meldung an denselben mit kurzem Abriß des Lebenslaufes bis 15. Mai cr.
Coetzen (Ostpr.), im April 1895.
Der Stadtv.-Vorsteher Koch. (8399

Verein Frauenwohl.
Donnerstag, den 2. Mai, Abends 7 Uhr:
Unterhaltungsabend
im Apollo-Saale.
Eintrittskarten gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten à 25 ₰, Gäste à 75 ₰, im Bureau, Hundegasse 91. (7652
Der Vorstand.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.